

Presseschau 19.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru, Gebietszeitung Sewastopol, , Agentur Kriminform,

Ukraine allgemein / Russland:

- Die krisengeschüttelte Ukraine will in Kürze einen EU-Beitritt beantragen. Der Entwurf eines entsprechenden Beschlusses wurde am Dienstag in der Obersten Rada eingebracht, wurde in Kiew offiziell mitgeteilt. Autoren des Dokuments sind zwei Abgeordnete von der Vaterlandspartei der Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko sowie ein unabhängiger Abgeordneter.
- Ein Wiener Gericht hat beschlossen, den ukrainischen Oligarchen Dmitri Firtasch an die USA auszuliefern. Das teilte der Sprecher des ukrainischen Außenamtes, Jewgeni Perebijnis, am Dienstag in der Hauptstadt Kiew mit. Firtasch galt als wichtigster Unterstützer des entmachteten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und soll auch die jüngsten blutigen Ausschreitungen in Kiew mitfinanziert haben. Der österreichischen Polizei zufolge steht die Festnahme aber nicht mit der Krise in der Ukraine im Zusammenhang. Das FBI ermittelte seit 2006 gegen Firtasch. Die US-Justiz legt dem Geschäftsmann unter anderem Bestechung und die Bildung einer kriminellen Gemeinschaft zur Last. Der Unternehmer weist alle Anschuldigungen zurück.
- Im Falle möglicher Wirtschaftssanktionen der USA und der EU wird sich Russland auf andere Partner umstellen, betonte Dmitri Peskow, Pressesekretär des Präsidenten Russlands, in einem BBC-Interview.
- Obwohl sich die USA und andere westliche Länder geweigert haben, die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation anzuerkennen, wird die Abteilung der National Geographic Society National Geographic Maps auf Karten die Krim im Bestand des Landes abbilden, teilte Hauptgeograph der National Geographic Society Juan José Valdés mit. „Wir erstellen die Karte de facto, d.h. wir zeigen die Welt so, wie sie ist, und nicht so, wie die Menschen sie sehen möchten. Wie Sie vermuten können, werden unsere Karten von den Menschen, die die Welt anders sehen möchten, nicht positiv wahrgenommen“, sagte Valdés.
- Die EU hat Vorsitzenden des Europarates Herman Van Rompuy nach Moskau nicht reisen lassen, teilte der Pressedienst des russischen Außenministeriums mit. Nach Angaben des russischen Außenamts wollte Rompuy aus dem ersten Mund die russische Position zur Ukraine erfahren.

„Aber den Vorsitzenden des Europarates ließ man nach Moskau nicht reisen. Die Seinen ließen ihn nicht nach Moskau. Wozu sollte er die Wahrheit wissen, wenn alles schon sowieso beschlossen ist“, teilte das Außenministerium mit.

„Jetzt gibt es eine neue Sanktionsliste, auf der diejenigen stehen, die aus der EU

nach Russland nicht reisen dürfen. Durch die Ironie des Schicksals wurde der Vorsitzende des Europarates als Nummer eins selbst in diese Liste aufgenommen“, heißt es.

- Der russische Vizewirtschaftsminister Alexej Lichatschow hat die Ausgaben für die Deckung des Haushaltsdefizits der Krim auf 70 bis 80 Millionen Dollar geschätzt.
„Dies ist zwar eine stattliche Summe, sie ist aber berechtigt“, so Lichatschow am Mittwoch bei einem russisch-japanischen Investitionsforum. „Ich bin völlig zuversichtlich, dass die Krim unter der Voraussetzung von Infrastruktur-Investitionen mittelfristig zu einem Subjekt der Russischen Föderation mit einem positiven Haushaltssaldo wird.“
- Dem ehemaligen US-Kongressabgeordneten Ron Paul zufolge verstößt der Beitritt der Krim zu Russland nicht gegen das Völkerrecht, schreibt die Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ am Mittwoch.
„Bei ihrer Meinungsäußerung folgten die Krim-Einwohner dem Beispiel von Ländern und Regionen, darunter Schottland, Katalonien und Venedig, die sich von Regierungen loslösen wollen, weil diese nicht ihren Interessen entsprechen“, sagte Paul in einem Interview mit „USA Today“. „Während in anderen Regionen dieser Prozess ohne großes Aufsehen erfolgt, hat die durchaus überzeugende Abstimmung der Krim-Einwohner bei den US- und europäischen Behörden für Verärgerung gesorgt“, so Paul.
- Russlands KP-Chef Gennadi Sjuganow hat seine Freude über die Wiedervereinigung der Krim mit Russland mit der Freude über den Sieg im Krieg und über den Weltraumflug Juri Gagarins verglichen.
- Ukrainische Militärangehörige werden die Krim nicht verlassen, obwohl Moskau und die Behörden der Halbinsel einen Vertrag über die Eingliederung der Republik in die Russische Föderation unterzeichnet haben, sagte der von der Obersten Rada ernannte ukrainische Verteidigungsminister Igor Tenjuch heute.
- Die Handlungen der USA und der EU, die zum Putsch in Kiew beitrugen, verstoßen gegen das Budapester Memorandum, das Integrität und Souveränität der Ukraine garantiert, erklärte das russische Außenamt am Mittwoch.
Moskau verstehe nicht, auf welche Weise die Drohungen seitens der EU und der USA mit diesen Garantien zusammenstimmen, Sanktionen gegen die Ukraine zu verhängen. „Wie soll man sich zum ständigen Wachdienst der westlichen Geheimboten auf dem Maidan in Kiew verhalten? Wie soll man die Erklärungen der westlichen Partner einstufen, dass der gewählte Präsident nicht mehr legitim ist, im Unterschied zu den neuen Leitern, die auf dem Maidan unter Umgehung aller Verfassungsprozesse bestimmt wurden?“, heißt es in der Erklärung des russischen Außenamts.
- Der ehemalige US-Botschafter in Moskau Jack Matlock hat die Spitzenpolitiker der USA und des Westens zu einem ausgewogeneren Ton der öffentlichen Rhetorik im Zusammenhang mit der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation aufgerufen.
„Die Tatsache besteht darin, dass es für die Ukraine besser ist, ohne die Krim zu sein, als damit. Nichts schwächt das Land so stark wie die Beibehaltung eines Territoriums, dessen Bevölkerung es vorzieht, einem anderen Staat anzugehören“, schreibt Matlock im US-Magazin „The Time“.
- Nach der Wiedervereinigung mit der Krim hat Russlands Präsident Wladimir Putin das Arbeitsministerium beauftragt, die Renten auf der Schwarzmeer-Halbinsel bis

auf den russischen Durchschnitt zu erhöhen.

- *Pressefreiheit ukrainisch:*
Bei Youtube ist ein Video aufgetaucht, das zeigt, wie Abgeordnete der „Swoboda“-Partei in Kiew in das Büro eines TV-Programmdirektor eindringen, der ihrer Meinung nach nicht genug russlandfeindlich berichtet. Nach kurzer Diskussion fangen sie an, ihn zu beschimpfen und zwingen ihn schließlich unter Schlägen und anderer physischer Gewalt, seine Rücktrittserklärung zu schreiben. Selbst für Jazenjuk war das zu viel. Er sah sich gezwungen, sich zu distanzieren und ein Verfahren gegen die „Aktivisten“ anzukündigen.
- Nach dem Beitritt der Halbinsel Krim zu Russland hat der ukrainische Sicherheits- und Verteidigungsrat beschlossen, die Visapflicht für die russischen Bürger einzuführen.
- Russland prüft die Vergabe russischer Staatsbürgerschaft auch an „Berkut“-Kämpfer.
- Der Vize-Premier Jamera und der Verteidigungsminister Tenjuch wurden von Jazenjuk auf die Krim „zur Regulierung der Situation“ geschickt. Die Krimregierung reagierte sofort und kündigte an, dass sie keine Mitglieder der Kiewer Macht auf ihr Gebiet lassen werden.
- Zahlreiche Firmen Europas, darunter auch Siemens, haben nicht vor, die Handelsbeziehungen zu Russland einzuschränken.
- Die Ukraine fordert von jedem einreisenden Russen mindestens 600 Dollar und eine genaue Beschreibung seines Vorhabens.
- Die russische Regierung stellt eine Beobachtergruppe zum Monitoring der Menschen- und Minderheitenrechte in der Ukraine zusammen.
- Im Gazastreifen ist vor dem Hintergrund des Russland-Beitritts der Krim eine Initiativgruppe gebildet worden, die sich an die Regierung wenden will, um ebenfalls ein Referendum über die Eingliederung in Russland durchzuführen. Zur Initiativgruppe gehören unter anderem russische Staatsbürger, die im Gazastreifen leben. Insgesamt sind es in der palästinensischen Exklave rund 50.000 Menschen, vor allem handelt es sich dabei um Russinnen, die mit Palästinensern verheiratet sind. Die Ergebnisse eines solchen Referendums lassen bei dessen Anregern keine Zweifel aufkommen.

Krim:

- *Dieser Bericht – wie alle von der Krim bei russland.RU – basiert ausschließlich auf Meldungen der örtlichen Presse, um eine Beeinflussung unserer Berichterstattung durch deutsche oder russische Propaganda zu verhindern, sowie unseren direkten Partnern vor Ort:*
Nach übereinstimmenden Meldungen mehrerer Onlinemedien auf der Krim hat es in **Simferopol eine Schießerei gegeben, bei der zwei Menschen getötet** worden sind. Sie fand bei einer ukrainischen Kaserne an der Kubaner Straße statt.

Die gesicherten Fakten, die in mehreren örtlichen Medien übereinstimmend zu lesen sind, sind folgende: Es gab eine Schießerei auf der Kubaner Straße in Simferopol. Nach einem offiziellen Statement der Polizei, das die Onlinezeitung *krym.net* zitiert, wurden dabei zwei Menschen getötet. Die Onlinezeitung *allcrimea.net* meldet, bei den Toten handele es sich um einen regulären ukrainischen Soldaten und einen Vertreter der "Selbstverteidigungstruppen" der Krim. Die näheren Umstände würden aktuell von Staatsanwaltschaft und Polizei untersucht.

Was bereits fest steht ist, dass Schüsse in zwei Richtungen gefeuert wurden, also ein Schusswechsel stattfand. Auch auf Krim-Zeitungen findet sich die These, Selbstverteidigungskräfte von der Insel selbst hätten das Feuer eröffnet (*krym.net*). Andere wiederum schreiben (*sevnews.info*), Provokateure der "anderen Seite", also nationalistische Westukrainer seien am Tag der Vereinigung der Krim mit Russland aktiv gewesen. So oder so dürfte es sich um eine Provokation von Unruhen paramilitärischer Einheiten gehandelt haben. Durch gewaltbereites Militär und Paramilitär allerorten gleicht die Situation auf der Krim auch nach dem erfolgreichen Referendum zur Unabhängigkeit einem Pulverfass.

Alle Online-Medien der Krim widersprechen jedoch der Darstellung deutscher Mainstream-Medien, es habe einen möglichen Angriff regulärer russischer Soldaten auf eine ukrainische Kaserne gegeben. Vielmehr deuten die angelaufenen Untersuchungen darauf hin, dass die offizielle, prorussische Krim-Administration den Gewaltausbruch missbilligt und bestrafen will. Er ist auch ihrer Sache nicht dienlich und schafft im Moment des Erfolges Unruhe. Sollten "Selbstverteidigungstruppen" der Krim das Feuer eröffnet haben, erhält Russland nun die Quittung dafür, dass es schlecht ausgebildete Paramilitärs wie Kosakeneinheiten an der Kontrolle der Halbinsel beteiligt, neben "offiziellen" russischen Soldaten sowie den "kleinen grünen Männchen" (nicht-offizielle russische Soldaten). Ein Zusammenhang mit Toten der Vortage auf dem ostukrainischen Festland gibt es jedoch, auch wenn die großen deutschen Medien unterschwellig diesen Eindruck erwecken wollen nicht. In Charkow und Donezk kamen bei prorussischen Demonstrationen in den letzten Tagen zwei Demonstranten und ein Polizist zu Tode. Mindestens die beiden Demonstranten gehen jedoch auf das Konto westukrainischer Nationalisten, die vor Ort Demonstrationen angegriffen haben, worauf sich Straßenschlachten entwickelten.

- *Ria Novosti meldet dazu:*
„Nach vorläufigen Angaben wurde aus einer Stelle in zwei Richtungen geschossen. Ein Unbekannter schoss aus dem Fenster eines nicht fertiggebauten Gebäudes auf Angehörige der Selbstverteidigung, die den Hinweis überprüften, laut dem sich in dem Gebäude bewaffnete Leute versteckt haben, und in Richtung eines ukrainischen Truppenteils, der sich nebenan befindet“, heißt es in der Mitteilung.
- Gegenüber der Onlinezeitung Forpost aus Sewastopol haben Vertreter der Krim-Tataren, darunter ihr Sewastopoler Oberhaupt Lenur Usmanow angegeben, viele von ihnen hätten den Wechsel nach Russland unterstützt. Man wolle keinen "Staat im Staate", wenn die Bewahrung der Kultur und Tradition der Tataren auf der Krim gesichert sei. Über die Krim-Tataren war zu Beginn des Konfliktes häufig gemeldet worden, sie seien gegen eine Abspaltung der Krim von der Ukraine. Tatsächlich dürfte es unter ihnen eine größere Fraktion des Widerstands gegeben haben, die sich auch in Demonstrationen äußerte. Ob nun eine "Bekehrung" stattgefunden hat, Fähnchen in den Wind gehängt werden oder Vertreter einer innertatarisch anderen Fraktion sprechen, lässt sich wohl nicht mehr ermitteln.

- Das ukrainische Verteidigungsministerium hat erklärt, dass die auf der Halbinsel Krim stationierten Truppen wegen des Todes eines Militärangehörigen Waffen einsetzen dürfen.
Daraufhin stürmten zuvor friedlich Demonstrierende das Gelände des ukrainischen Marinestützpunktes Sewastopol und forderten die Soldaten auf, überzulaufen oder die Krim sofort zu verlassen. Dieser Aufforderung wurde von einem großen Teil der Militärs Folge geleistet.
- Der Regierungschef der ukrainischen Halbinsel Krim hat sich selbst zum Oberbefehlshaber für alle Militäreinheiten sowie für die Polizei und Sicherheitskräfte der Region erklärt. Alle sollten sich seiner Befehlsgewalt fügen oder ihre Posten verlassen, erklärte Ministerpräsident Sergej Aksjonow mit Blick auf die Auseinandersetzungen. Zudem bat er Russland um Hilfe.
- Der Befehlshaber der ukrainischen Marine, Konteradmiral Sergej Gaiduk, hat den Marinestab in Sewastopol mit einer Gruppe von Offizieren verlassen, teilt der Stab der Selbstverteidigung der Stadt mit.
Ukrainische Marineangehörige verlassen das Stabsgelände unter Aufsicht von Aktivisten der Selbstverteidigung von Sewastopol. Das solle sie vor möglichen Provokationen schützen.
Auf dem Stabsgelände geht die Kundgebung weiter, die Demonstranten schlagen den ukrainischen Militärangehörigen vor, sich mit den Stadteinwohnern zu vereinigen oder die Heldenstadt und die Krim zu verlassen.
- Nach dem Beitritt der Krim zu Russland hat der russische Präsident Wladimir Putin gefordert, nicht nur eine Auto- sondern auch eine Eisenbahnbrücke zu der Schwarzmeer-Halbinsel zu bauen.
Die Brücke über die Meereseenge von Kertsch müsse sowohl dem Straßen- als auch dem Eisenbahnverkehr dienen, forderte Putin in einer Regierungssitzung am Mittwoch.

Ostukraine:

- Beobachter der OSZE werden in Charkow und anderen ostukrainischen Städten die Einhaltung der sozialen und Menschenrechte überwachen.
- Der aus Odessa nach Kiew verschleppte Mitorganisator der Soli-Veranstaltung für die Krim ist zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden.
- Der am 6. März verhaftete vom Volk gewählte Gouverneur ist während seines Arrestes ins Koma geprügelt worden. Seinem Anwalt werden sowohl Besuche als auch eine Verlegung in eine Spezialklinik verweigert.
Von dem am 14. März verhafteten Volksgouverneur aus Lugansk fehlt im Moment jede Spur.